

Verkehr



Flughafen. Die Beschäftigten in der Bodenabfertigung protestieren gegen Sozialdumping und Lohnleinbußen durch eine drohende EU-Richtlinie.

Seite 6

Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe



Erfolg. Den ständigen Personalmangel wollten die Beschäftigten des Krankenhauses in Braunau nicht mehr hinnehmen. Ihr Protest zeigt Wirkung.

Seite 7

Private Dienstleistungen



Tourismus. Niedrige Löhne, unattraktive Arbeitszeiten. Jetzt wollen die Hoteliers auch noch die Lehrzeit im Tourismus verlängern. Nicht mit uns!

Seite 11

Gratis, aber nicht umsonst

Knapp 44 Prozent der ÖsterreicherInnen sind ehrenamtlich aktiv oder engagieren sich in der Nachbarschaftshilfe. Das ergibt eine Studie des Sozialministeriums, die anlässlich des heurigen Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit erstellt wurde. Wir befassen uns in der vida-Zeitschrift mit den Rahmenbedingungen für die Freiwilligenarbeit.

„Wer im Job gut abgesichert ist, engagiert sich auch eher ehrenamtlich für die Gesellschaft.“

Rudolf Kaske,
vida-Vorsitzender

Zusammenarbeit. In vielen Bereichen arbeiten hauptberuflich Tätige mit Ehrenamtlichen zusammen. Was sind die Voraussetzungen für eine gute Zusammenarbeit? Dazu haben wir den Betriebsratsvorsitzenden beim Roten Kreuz in Kärnten, Anton Kalidz, und die Hausbesorgerin Marlene Koch, die ehrenamtlich beim Samariterbund in Wien arbeitet, befragt. Mehr dazu auf Seite 3.

Lücken im Netz. Wie sieht es mit der rechtlichen Absicherung aus? Haben freiwillige Helfer nach einem Rettungseinsatz Anspruch auf die Fortzahlung ihres Lohnes? Diese Fragen beantwortet vida-Jurist Matthias Schachner auf Seite 2.

Vor Ort. Mehr als 65.000 BetriebschaftsvertreterInnen kümmern sich um die Anliegen der Beschäftigten in den Betrieben. vida verlangt mehr Rechte für die BetriebsrätInnen. Details dazu finden Sie auf Seite 4.



vida stark. Unsere Gewerkschaft geht neue Wege in der Mitgliedergewinnung – rund 80 Betriebsratsteams sind bereits aktiv bei der Kampagne „Gemeinsam vida stark“ dabei. Mehr Infos zu der Kampagne gibt es auf Seite 4.

Solidarisch helfen. Gegenseitige Unterstützung in Notlagen, diesem Ziel dient seit mehr als 90 Jahren der Waisen- und Unterstützungsverein der ÖBB. Ein Kurzporträt des Vereins finden Sie auf Seite 5.

Viele engagieren sich neben dem Job ehrenamtlich. Bei der Absicherung der Freiwilligen gibt es rechtliche Lücken.



Mehr Mut zur **Gerechtigkeit**

Lange galten die USA als das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich waren zwar seit jeher größer als bei uns. Andererseits schien der Aufstieg vom „Tellerwäscher zum Millionär“ auch leichter erreichbar als in Österreich. Reiche fanden in den USA ungeteilte Bewunderung. Nun ernten sie zunehmend Kritik.

Ungleichheit wächst. Der Reichtum konzentriert sich mittlerweile auf eine winzige Oberschicht. Konzerne und die „Finanzindustrie“ setzen ungeniert Steuerprivilegien für sich durch. Die 400 reichsten Menschen besitzen

mehr als die unteren 150 Millionen US-Amerikaner zusammen. Im Gegensatz dazu sackt das Einkommen des Mittelstandes immer mehr ab. Das bringt nun auch in den USA die Bevölkerung auf.

Empörung. „Wir sind die 99 Prozent!“ Unter diesem Motto demonstrieren die Menschen für Verteilungsgerechtigkeit. Rund um die New Yorker Wall Street, aber auch in vielen anderen Teilen der Welt. Dass ein Prozent der Bevölkerung ihre Interessen gegen die große Mehrheit durchbringt, regt viele auf.

Privilegien. Auch in Österreich haben die Superreichen ihre

Steuervorteile durchgesetzt. Unser Land rangiert bei der Besteuerung großer Vermögen an vorletzter Stelle unter den Industrieländern. Den Großteil der Steuerlast schultern die ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen.

Gegensteuern. Die Reichen müssen ihren Anteil zahlen, damit unser Sozialstaat finanzierbar bleibt. Wir brauchen sichere Pensionen, eine gute Bildung für die Jungen und die bestmögliche Pflege im Alter. Das kostet Geld. Deshalb her mit der Vermögenssteuer und einer reformierten Erbschaftssteuer, her mit mehr Gerechtigkeit. (mf)



Foto: ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Schutz bei Freiwilligenarbeit

Wer hilft den Helfern?

vida-Jurist Matthias Schachner zur - teils lückenhaften - rechtlichen Absicherung bei Freiwilligenarbeit.

Freiwilligenarbeit und Lohnarbeit

Als Gewerkschaft kämpfen wir für eine gerechte Entlohnung und faire Arbeitsbedingungen für die ArbeitnehmerInnen. Jede Gesellschaft sollte aber auch gute Bedingungen für die Freiwilligenarbeit schaffen.

Vor Ort. Tausende BetriebsrätInnen sind ehrenamtlich aktiv, um die Beschäftigten gegenüber dem Chef zu vertreten. Viele gewerkschaftliche Aktionen wären ohne ehrenamtliche AktivistInnen nicht machbar.

Zusammenhalt. Ob bei der Freiwilligen Feuerwehr, der Rettung oder in der Kultur. Die Freiwilligen helfen mit, die Lebensumstände vieler Menschen zu verbessern. Wenn sich niemand ehrenamtlich engagiert, verringert das die Lebensqualität, zeigt das Beispiel der Gemeinde Gießhübl. Da die EinwohnerInnen das nahe gelegene Wien als Lebensmittelpunkt sehen, gibt es kein soziales Leben im Ort. Gießhübl sei zu einem „Wohnschlafort“ verwaist, klagte kürzlich die Bürgermeisterin.

Absage. Problematisch wird die Freiwilligenarbeit, wenn sie zu Ausbeutung führt. Etwa, wenn Arbeit Suchende dazu angehalten werden, zuerst ehrenamtlich zu werken, um dann eventuell einmal eine Anstellung zu bekommen.

Basis. Damit die Menschen Energie für die Freiwilligenarbeit haben, braucht es im Hauptberuf eine faire Entlohnung und Absicherung. Zudem müssen innerhalb der Organisationen, die Ehrenamtliche beschäftigen, die Arbeitsbedingungen für die Hauptamtlichen stimmen.

Rudolf Kaske
vida-Vorsitzender
rudolf.kaske@vida.at

Ofit wird betont, dass die Leistung von freiwilligen HelferInnen unverzichtbar und unbezahlbar ist. Beides ist richtig. Andererseits beschleicht einen manchmal das Gefühl, dass die Arbeit als „unbezahlbar“ gelobt wird, um ja nicht den Versuch einer Entlohnung unternehmen zu müssen. Sicher ist, dass die Ehrenamtlichen wohl keinen Schaden aus ihrer Tätigkeit davontragen wollen. Wie sieht es nun hier rechtlich aus?

Risiken. Schäden drohen von zwei Seiten: Was ist, wenn jemand bei der Hilfeleistung einen Unfall hat? Und: Hat der Helfer bzw. die Helferin einen Entgeltausfall im Brotberuf? Einfacher fällt hier die Antwort auf die Frage der Unfallversicherung.

Behandlung bei Unfall. Der Gesetzgeber hat Unfälle, die Mitglieder Freiwilliger Feuerwehren, Wasserwehren, Rettungsgesellschaften, des Bergrettungsdienstes, der Wasserrettung und des Roten Kreuzes haben, mit einem Arbeitsunfall gleichgestellt. Das gilt für Unfälle bei einem Einsatz, aber auch bei einer Übung oder im Rahmen der



Bekommen freiwillige Helfer den Verdienstengang bezahlt und von wem? Derzeit gibt es keine einheitliche Regelung.

Foto: Sven Böhren - Fotolia.com

Ausbildung. Heilbehandlungen und Sachleistungen (z.B. Prothesen) sind somit gedeckt.

Finanzielle Absicherung. Geldleistungen, wie zum Beispiel eine Versehrtenrente, werden nach der Summe des Arbeitsverdienstes im Hauptberuf bemessen. Da diese Summe bei manchen freiwilligen Helfern nicht „rasend“ hoch ist, hat der Gesetzgeber die Möglichkeit geschaffen, dass die freiwilligen Hilfsorganisationen ihre Mitglieder in eine Zusatzversicherung einbeziehen. Viele Hilfsorganisationen machen von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Verdienstengang. Unklarer ist die Frage nach dem etwaigen Ersatz des Verdienstganges. Zwar ist auch bei Angestellten ein Anspruch gegenüber dem Dienstgeber umstritten, dürfte aber (noch) von der Judikatur bejaht werden. Bei ArbeiterInnen gibt es bei einem Fernbleiben von der Arbeit wegen

eines Rettungseinsatzes generell keinen Anspruch auf die Fortzahlung des Lohnes.

Reformbedürftig. Da laut unserer Bundesverfassung die Länder für das Rettungswesen zuständig sind, meinen manche, dass die Länder dem Helfer einen allfälligen Verdienstengang „bezahlen“ sollten. Bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehren sehen auch einige Landesgesetze den Ersatz des Verdienstganges vor. Die Rechtslage ist also uneinheitlich und verworren. Wünschenswert wären bundesweit einheitliche und klare Regelungen für alle Rettungsdienste und alle ArbeitnehmerInnen, unabhängig davon, ob es sich um Arbeiter oder Angestellte handelt. Dabei sollte jeder Helfer seine Entgeltansprüche gegenüber dem Unternehmer behalten und dieser sich den Ausfall beim Land „zurückholen“ können.

matthias.schachner@vida.at

Hilfe in Notlagen

Eisenbahner Josef Wiesinger widmet einen Teil seines Lebens dem Katastrophenhilfsdienst.

Josef Wiesinger aus Niederösterreich ist Triebfahrzeugführer und ÖBB-Betriebsrat. Ehrenamtlich übt er auch eine Tätigkeit im Katastrophenhilfsdienst aus. „Bei der Feuerwehr ist der Katastrophenhilfsdienst vielfältig und reicht vom Hochwassereinsatz über Chemieunfälle bis hin zu Waldbränden“, sagt er gegenüber vida.

Ausbildung. Es bestehen unterschiedliche Einheiten mit

diversen Fachgebieten. Wiesingers konkrete Aufgabe ist es, Katastrophenhilfssteams für den Hochwassereinsatz zu organisieren. Der Wasserdienst sei eine eigene Ausbildungsschiene, beginnend bei Fahrten mit der Feuerwehrzille, um die Gefahren des Wassers nicht zu unterschätzen, reiche über den Bootsführerschein bis hin zum Dammschutz und vorbeugenden Schutzmaßnahmen beim Bau eines Hauses in Flussnähe.

Starker Wille. „1986 war ich erstmals beim Kamphochwasser im Einsatz, 1991 folgte das große Donauhochwasser in Krems“, erzählt Wiesinger: „Und 2002 gab es Kamp- und Donauhochwasser zugleich. Ich war einige Wochen Einsatzleiter im oberen Kamptal.“ Aber auch in Rumä-



Josef Wiesinger beim Hochwassereinsatz in Rumänien.

Foto: Privat

nien war er bereits im Hochwassereinsatz: „Die Bausubstanz vieler Häuser bestand dort aus Lehm, der sich im Wasser auf-

lösen und zum Einsturz führen kann. Der Wille der einzelnen Bewohner, trotzdem zu bleiben, zu helfen und auch wieder auf-

bauen zu wollen, hat mich stark beeindruckt“, betont der Eisenbahner.

Soziale Einstellung. Die Einsatzdauer beträgt mindestens sechs Tage, was oft schwierig mit einem Beruf zu vereinbaren ist. Deshalb fordern die Gewerkschaften, dass Arbeitgeber, die Beschäftigte für einen Einsatz freistellen, dies auch abgezogen bekommen, so der ÖBB-Betriebsrat. Sein Antrieb: „Ich bin davon überzeugt, dass Menschen grundsätzlich eine soziale Einstellung besitzen. Wenn jemand in Not ist, dann hilft ein anderer. Ein gemeinsames Ziel, Kameradschaft und ein Hauch von Abenteuer sind natürlich auch dabei“, unterstreicht Wiesinger.

hansjoerg.miethling@vida.at

Katastrophenhilfe

Mehr als nur **Lückenfüller**

Vier von zehn ÖsterreicherInnen über 15 leisten Freiwilligenarbeit. Wir haben einen hauptberuflichen und eine ehrenamtlich Tätige über die Zusammenarbeit und über mögliche Spannungen zwischen den beiden Gruppen befragt.

Seit über 30 Jahren ist Anton Kalidz im Rettungsdienst im Einsatz. 1979 begann der Kärntner als freiwilliger Mitarbeiter – und zwar, nachdem er für seinen Führerschein den Erste-Hilfe-Kurs besucht hatte. 1985 wechselte er in die hauptberufliche Tätigkeit, drei Jahre später wurde er Betriebsratsvorsitzender beim Roten Kreuz Kärnten. Obwohl er für seine Betriebsratsstätigkeit schon 1990 freigestellt wurde, arbeitete Kalidz jahrelang noch nebenbei im Rettungsdienst. Seit zwei Jahren ist es Anton Kalidz aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich, beides zu vereinen – die Betriebsratsstätigkeit erfordert seinen ganzen Einsatz.

Teil der Arbeit. Sie haben meine Wertschätzung.“ Zudem sei auch den meisten ‚Feiwiligen‘ bei ihrer Tätigkeit im Rettungsdienst klar: „Der Eintritt und der Austritt ist freiwillig. Was dazwischen ist, also die Arbeit selbst, ist Pflicht. Sonst funktioniert es nicht.“

Neun Lohntabellen. Eine Voraussetzung für die gute Zusammenarbeit ist, dass die hauptberuflich Beschäftigten auf gute Arbeitsbedingungen vertrauen können. „Wir haben jahrelang dafür gekämpft, dass für alle privaten Rettungsdienste Mindestlöhne gelten. Seit Anfang 2011 ist dieses Ziel durch die Satzung, also die Gültigkeitserklärung des



Die Hausbesorgerin Marlene Koch engagiert sich ehrenamtlich für den Samariterbund. Im Bild beim Abhalten eines Erste-Hilfe-Kurses für KindergartenassistentInnen.

Kollektivvertrages des Roten Kreuzes für alle privaten Rettungsdienste, erreicht“, sagt vida-Bundesfachgruppensekretär Rudolf Wagner. Allerdings gibt es im Kollektivvertrag neun unterschiedliche Bundesländer-Lohntabellen. „Österreichweit einheitliche Mindestlöhne sind unser nächstes Ziel“, sagt Kalidz.

Seither hat die quirlige Hausbesorgerin etliche Aus- und Weiterbildungen absolviert und in den unterschiedlichsten Tätigkeiten beim Samariterbund ihre Frau gestellt.

Vorurteile besiegen. Bei ihrer Arbeit als „Ehrenamtliche“ müsse sie manchmal gleich zweifach Vorurteile überwinden. „Manche glauben, als Ehrenamtliche hätte ich nicht so viel Erfahrung. Und manche schauen komisch, wenn ich als Frau die Einsatzleitung über habe. Aber wenn sie sehen, was ich leiste, respektieren sie mich schon“, lacht die Wienerin. Jahrelang ist sie bei Rettungseinsätzen mitgefahren, aktuell engagiert sich Marlene Koch vor allem in der Ausbildung. Sie hält Erste-Hilfe-Kurse für Betriebs-Erst-HelferInnen ab. Auch Ambulanzdienste bei

Fußballspielen und Veranstaltungen übernimmt sie. Nicht zuletzt ist ihr die Information der Bevölkerung darüber, welche Dienste der Samariterbund anbietet und wie man sich engagieren kann, ein Anliegen. „Wir sind auch an öffentlichen Orten präsent, um die Leute über die Tätigkeit des Samariterbundes aufzuklären“, erzählt Koch.

Zufrieden als Ehrenamtliche. In ihrer Arbeit als Hausbesorgerin ist Marlene Koch auf sich allein gestellt. Die ehrenamtliche Tätigkeit ist dazu ein guter Ausgleich. „Da hab ich viel mit Menschen zu tun und erlebe große Dankbarkeit für meine Arbeit.“ Als Hauptjob beim Samariterbund zu arbeiten, strebt sie nicht an. „Ich glaube, dann würde es mir nicht so viel Spaß machen wie jetzt.“ Spaß bedeutet für Koch aber nicht Unverbindlichkeit, im Gegenteil. Zur laut Statistik wachsenden – Zahl der Ehrenamtlichen meint sie: „Ich schätze, bei rund der Hälfte besteht das Engagement nur auf dem Papier.“ Kritisch sieht sie, dass manche die Ausbildungen zum Rettungssanitäter machen, aber bald wieder aufhören, wenn sie bei den Einsätzen mitbekommen, dass man nicht immer der Held ist, sondern es auch darum geht, Leute zur Dialyse zu bringen. „Dabei sind diese Einsätze auch wichtig“, meint Koch und fügt hinzu: „Ein Sanitäter ist man im Herzen, nicht wegen der Uniform.“

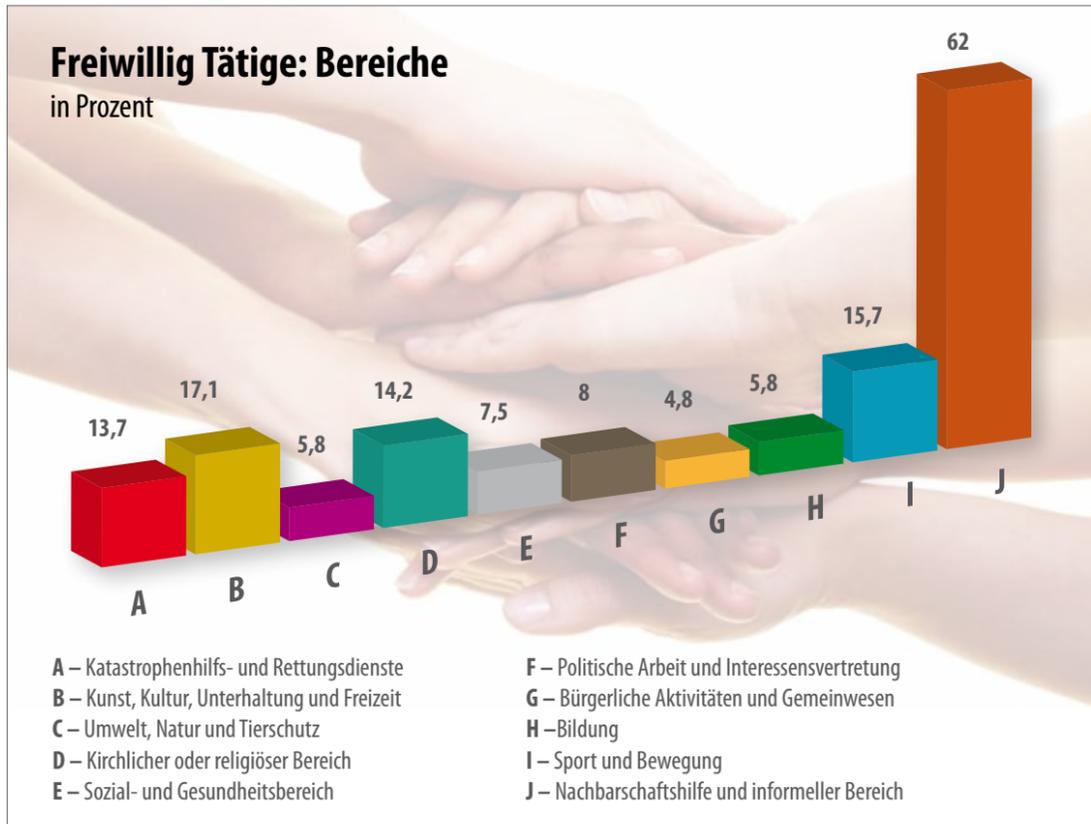
martina.fassler@vida.at



„Die Zusammenarbeit an der Basis funktioniert“, meint Anton Kalidz, Betriebsratsvorsitzender beim Roten Kreuz in Kärnten.

Schutz für Hauptamtliche. In seiner Arbeit als Betriebsrat war Kalidz maßgeblich an der Entstehung des Berufsbildes Rettungssanitäter und Notfallsanitäter beteiligt. Davor galt die Arbeit als „Sani“ als eine angelernte Tätigkeit ohne Berufsschutz – wodurch zum Beispiel die Zuerkennung einer Invaliditätspension wegen gesundheitlicher Beeinträchtigungen kaum möglich war.

Spielregeln für alle gleich. „Die Zusammenarbeit an der Basis funktioniert gut“, sagt Kalidz. Manchmal gebe es zwar Spannungen, etwa wenn manche Freiwillige glaubten, sie zählten mehr, weil sie ehrenamtlich tätig seien. „Oder wenn ein Freiwilliger in den beruflichen Stand wechseln möchte und dabei alle anderen als Konkurrenz zu sehen beginnt“, meint der Betriebsrat, um gleich hinzuzufügen: „Die Freiwilligen leisten einen beträchtlichen



WEBTIPP

www.podcast.vida.at
Das Interview mit A. Kalidz zum Nachhören gibt es in der Podcast-Folge „Generation Ehrenamt“.

Betriebsrat im Schichtdienst

Leodegar Heidinger ist einer von mehr als 65.000 BelegschaftsvertreterInnen in Österreich, die sich freiwillig und ehrenamtlich für die Anliegen der ArbeitnehmerInnen in den Betrieben einsetzen.

Als ehemaliger Abteilungsleiter beim Möbelriesen Ikea habe ich viel mit dem Betriebsrat zusammengearbeitet. Daher habe ich gewusst,

was auf mich als Arbeiter-Betriebsrat beim Verein Grünes Kreuz zukommt“, erklärt Heidinger. „Leo“, so wird er von seinen KollegInnen genannt, ist seit

2006 Rettungssanitäter und -fahrer bei der Dienststelle in Wien Simmering und stellvertretender Betriebsratsvorsitzender.

Direktes Gespräch. „Im heurigen Jahr waren wir hauptsächlich mit Aufklärungsarbeit über den neuen Kollektivvertrag beschäftigt, der seit 1. Jänner 2011 gültig ist“, erzählt Heidinger. „Bei der steigenden Belastung aufgrund von Personalmangel kommt es immer häufiger vor, dass sich die KollegInnen einfach bei uns ihr

Herz ausschütten“, erzählt der 39-Jährige. Seit der Wahl im November 2010 wurde auf Initiative des BR-Teams ein Getränke- und Snackautomat aufgestellt und ein BR-Fonds eingerichtet. „Mit einer Grillhendl-Aktion haben wir uns bei unseren Wählern bedankt. Vor dem Essensstand kamen KollegInnen ins Gespräch, die sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Schichtdienste nie über den Weg laufen und wir als BR-Team waren mittendrin.“

Team mit Zukunft. „Im Betriebsratsteam gibt es kein starres System, sondern eine gewisse Flexibilität. Jeder von uns übernimmt das, was gerade anfällt. Das macht unsere Teamstärke aus. Auch unser Jahresziel von

100 neuen Gewerkschaftsmitgliedern haben wir bereits einen Monat vor dem Jahresende erreicht“, zeigt sich der motivierte Betriebsrat erfreut und ergänzt: „Jetzt sind wir gerade in der Vorbereitungsphase für die kommenden KV-Verhandlungen im Dezember. Dabei wird eines unserer Ziele sein, schwammig formulierte Abschnitte in konkrete Formulierungen umzuwandeln. Das bindet den Arbeitgeber wieder ein Stück mehr an den Kollektivvertrag. Mit dem Wissen im Hinterkopf, dass rund 75 Prozent der Belegschaft Gewerkschaftsmitglieder sind, kann man auch den entsprechenden Druck aufbauen.“

patrick.nikitser@vida.at



Leodegar Heidinger: „Schichtdienst bedeutet, Betriebsrat rund um die Uhr zu sein.“

Foto: vida

INFO



Bessere Absicherung

BetriebsrätInnen sind die Vertretung der Beschäftigten vor Ort. Sie müssen besser abgesichert werden. Unsere wichtigsten Forderungen dazu:

- Die Ausdehnung des Kündigungsschutzes auf die Ersatzmitglieder der Belegschaftsvertretungen.
- Erleichterungen bei der Gründung eines Betriebsrates.
- Die Ausdehnung der bezahlten Bildungsfreistellung auf Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten.
- Die drastische Erhöhung der Geldstrafen für Arbeitgeber, die ihren Informationspflichten nicht nachkommen.

Mitgliederwerbung

Hände raus aus dem Hosensack

Die Gewerkschaft vida geht einen neuen Weg im Bereich der Mitgliederwerbung und rund 80 Betriebsrats-Vorsitzende sind bereits aktiv dabei.

Am 18. Oktober 2011 wurde die Intensivkampagne „Gemeinsam vida stark“ ausgewählten BetriebsrätInnen vorgestellt. Bei den TeilnehmerInnen handelt es sich um ArbeitnehmerInnenvertreterInnen von rund 80 Unternehmen österreichweit, bei denen die Gewerkschaft vida gute Chancen hat, neue Mitglieder zu werben. „In Österreich sind die Hände schnell im Hosensack“, meint vida-Vorsitzender Rudi Kaske und ergänzt: „Jammern alleine hilft nicht, die geballten Hände raus aus dem Hosensack und anpacken. vida ist die Gewerkschaft zum Anfassen und Mitgestalten.“

Motivator. „Nur ihr wisst am besten, wie ihr eure KollegInnen betreut. Ich erzähle euch heute nur meine bisherigen Erfahrungen aus der Mitgliederwerbung“, stellt Mernyi gleich zu Beginn klar. Der erfahrene Kampagnenleiter des ÖGB konnte als „Motivator“ für die Veranstaltung gewonnen werden. „Mir gefällt das Wort Noch-Nicht-Mitglieder besser, als Nicht-Mitglieder, denn bald werden sie Teil der Gewerkschaftsbewegung sein“, zeigt sich Willi Mernyi optimistisch.

Engagierte BetriebsrätInnen. „Wir möchten im Bereich der Hauskrankenpflege neue Mitglieder gewinnen. Gerade dort steigt der Arbeitsdruck ständig und wir brauchen die Unterstützung der Betroffenen, wenn wir Verbesserungen erreichen wollen“, erklärt Josef Kurta, der BR-Vorsitzende beim Roten Kreuz Burgenland ist. „Rund die Hälfte der Belegschaft sind geleastes Personal. Gerade diese KollegInnen würden im Bereich Rechtsschutz profitieren, wenn sie Gewerkschaftsmitglied wer-



Willi Mernyi: „Nur gemeinsam sind wir stark.“

ergänzt: „Im Jänner sehen wir uns in Salzburg wieder und bis dorthin heißt es für uns alle: ‚Tue Gutes und rede darüber.‘ Gutes im Sinne der ArbeitnehmerInnen habt ihr alle schon in euren Betrieben erreicht, aber redet nun auch darüber mit euren KollegInnen.“

patrick.nikitser@vida.at

WEBTIPPS



Laufende Infos zur vida stark-Kampagne gibt es auf www.vida.at

**vida
STARK**

Für eingeloggte BetriebsrätInnen gibt es im Bereich „Service für BetriebsrätInnen“ verschiedene Hilfsmittel für die Mitgliederwerbung. Bei Fragen: gemeinsamstark@vida.at

den. Deshalb werden wir sie im Rahmen der Kampagne darauf hinweisen“, erklärt Jutta Schor, die BR-Vorsitzende Stellvertreterin bei der „Mungos Sicher & Sauber GmbH & CO KG“ ist. Dabei handelt es sich um ein Tochterunternehmen der ÖBB Infrastruktur, das für das Sicherheits- und

Reinigungspersonal der ÖBB verantwortlich ist.

Darüber reden. „Wir bieten euch unser Wissen und konkrete Hilfsmittel an, das persönliche Gespräch könnt aber nur ihr führen“, erklärt Kampagnenleiter Christoph Lipinski den Anwesenden und

Foto: ÖGB/Thomas Reimer

ÖBB-Waisen- und Unterstützungsverein

Solidarisch helfen

Der Waisen- und Unterstützungsverein des ÖBB-Konzerns (WUV) hilft seit über 90 Jahren in Not geratenen ÖBB-Beschäftigten und ihren Angehörigen.

Meinen ersten Kontakt mit dem WUV hatte ich mit 18 Jahren als ÖBB-Jugendvertrauensrat“, sagt WUV-Obmann Bernd Brandstetter. „Ein Lehrling und Freund hatte einen furchtbaren Arbeitsunfall und war vom Kopf abwärts gelähmt. Abgesehen vom persönlichen Schicksal entstand auch ein großer finanzieller Aufwand wie beispielsweise für einen Hausumbau. So wie in diesem Fall wird der Verein über 300 Mal pro Jahr sofort aktiv und hilft in tragischen Lebenssituationen“, so Brandstetter, der auch Fachsekretär in der vida-Bundesfachgruppe Schiene ist.



Der Waisen- und Unterstützungsverein des ÖBB-Konzerns hilft MitarbeiterInnen und ihren Angehörigen in unverschuldeten Notlagen.

Gefährlicher Beruf. Aufgabe des gemeinnützigen WUV, gegründet am 17. April 1919, ist die Unterstützung von Voll- und Halbweisen verstorbener ÖBB-Beschäftigter sowie von aktiven MitarbeiterInnen, Lehrlingen

und ÖBB-PensionistInnen sowie ihre Angehörigen beim Eintritt einer unverschuldeten Notlage. „Der Beruf des Eisenbahners ist noch immer gefährlich. Verschieber, Gleisbauarbeiter oder Lokführer sind auch

heute bei Nacht und jedem Wetter erheblichen Risiken ausgesetzt. Es ist deshalb gut zu wissen, dass jemand da ist, der in Notlagen rasch hilft“, betont der stellvertretende WUV-Obmann, Wilhelm Haberzettl.

Werden Sie Mitglied! Der WUV finanziert sich hauptsächlich aus Mitgliedsbeiträgen. Der Mindestbeitrag beträgt 50 Cent pro Monat. Viele Mitglieder leisten jedoch freiwillig mehr. Dazu kommen Spendengelder aus Sonderaktionen wie z. B. aus Fest- und Kulturveranstaltungen, Tombolas und anderen freiwilligen Spendenaktivitäten.

hansjoerg.miethling@vida.at

INFO



Mitgliedsanmeldungen, Unterstützungsansuchen und weitere Infos über den WUV finden Sie unter www.waisenverein.at; Tel. 0664/11 33262 bzw. 0664/11 33263; E-Mail: office@waisenverein.at

Weihnachts-sonderaktion 2011

Kinderreiche Familien von ÖBB-MitarbeiterInnen mit einem maximalen Bruttoeinkommen von 2.633,59 Euro, die seit mindestens sechs Monaten WUV-Mitglied sind und mindestens drei im gemeinsamen Haushalt lebende unversorgte Kinder haben, erhalten heuer zu Weihnachten vom WUV Libro-Einkaufsgutscheine.

Anspruchsberechtigte senden bitte ein formloses Ansuchen mit Name, Adresse, Telefonnummer, Kopie des letzten Gehaltszettels (die ersten zwei Seiten) und den Nachweis über den Bezug der Familienbeihilfe unter dem Betreff „Weihnachtsaktion des WUV“ bis spätestens 2. Dezember 2011 per E-Mail an waisenverein@vida.at oder per Post an Anita Grundböck, Waisen- und Unterstützungsverein des ÖBB-Konzerns, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien.

Achtung: Unvollständige Ansuchen können leider aus terminlichen Gründen nicht berücksichtigt werden! Bei Fragen: Tel. 01/53444-79593.



ServiceTel: (kostenlos)
0800/20 11 30
mail@oebv.com

www.oebv.com

Im Steuer-Sparadies? Ja, ganz sicher!

Genießen Sie jetzt sensationelle Steuervorteile mit der ÖBV:

- > KEST-frei sparen mit der fondsgebundenen Lebensversicherung der ÖBV
- > KEST-frei sparen mit der klassischen Lebensversicherung der ÖBV
- > Steuerfreie Zusatzpension mit der staatlich geförderten Zukunftsvorsorge der ÖBV
- > Fragen Sie uns, wir beraten Sie gerne!



Mit der ÖBV durchs Leben



Kommentar

Fahrbegünstigung: ÖVP will noch mehr Steuern



Foto: ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Durch die Zerschlagung der ÖBB in einzelne Firmen im Jahr 2003 durch die schwarz-blaue Koalition werden nicht mehr alle ÖBB-Firmen von Gesetz als Beförderungsunternehmen anerkannt. Mit Ausnahme für die KollegInnen aus dem Personenverkehr und dem Lokfahrdienst bedeutet dies, dass sie für die a.t. Fahrbegünstigung Sachbezugssteuer zu entrichten haben. Zu „verdanken“ haben wir das dem Finanzministerium und der ÖVP, die immer wieder versucht haben, die EisenbahnerInnen und die ÖBB zum öffentlichen Hassobjekt zu machen.

Weitere Abzocke. Ob es dem Unternehmen und den Beschäftigten gut geht, ist dieser Partei egal: Man braucht sich nur vor Augen zu führen, welchen Schuldenberg die schwarz-blaue „Reformpolitik“ den ÖBB schon vor der Wirtschaftskrise 2008 angehäuft hat. Offenbar ist es der ÖVP ein Dorn im Auge, noch nicht alle EisenbahnerInnen abgezockt zu haben: Im Finanzministerium werden nämlich schon Überlegungen angestellt, bei der a.t. Fahrbegünstigung die Berechnungsgrundlage für die Umsatzsteuer zu verändern – und zwar für alle Bezugsberechtigten samt Angehörige und PensionistInnen.

Bekämpfen. Die Steuererhöhungspartei für ArbeitnehmerInnen und Steuerschutzpartei für Millionäre will, dass wir für die Fahrbegünstigung zukünftig zusätzlich zur Sachbezugssteuer auch noch mehr Umsatzsteuer zahlen sollen. Das kann je nach Einkommenshöhe und Anspruchsberechtigten einen weiteren monatlichen Gehaltsabzug von bis zu über 10 Euro pro Ausweis auslösen. *vida* wird alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, die Bescheide und überhöhten Steuereinstufungen durch die Finanz zu bekämpfen. Einspruch kann aber erst 2012, d.h. nach dem Ende des laufenden Steuerjahres im Wege der ArbeitnehmerInnenveranlagung erhoben werden.

wilhelm.haberzettl@vida.at
Vorsitzender der Sektion Verkehr

Wilhelm Haberzettl legt Funktionen zurück

Der ÖBB-Konzernbetriebsratsvorsitzende und stv. *vida*-Vorsitzende, Wilhelm Haberzettl, hat Mitte November seinen Abschied bekannt gegeben: „Ich habe mit 22. November 2011 mein Mandat als Konzernbetriebsratsvorsitzender der ÖBB zurückgelegt und werde mich bis Jahresende aus sämtlichen Gewerkschafts- und Betriebsratsfunktionen zurückziehen“, sagt Haberzettl - sein Nationalratsmandat will er weiter ausüben.

Veränderung. Als Grund für seinen Schritt führt der Eisenbahner „persönliche Gründe“ und den „Wunsch nach beruflicher Veränderung“ an: „Es ist für mich an der Zeit, anderen Talenten Platz zu machen und leiser zu treten. Die Gremien in der Gewerkschaft und im ÖBB-Betriebsrat fassen fristgerecht alle notwendigen Beschlüsse. Somit ist eine geregelte Über-

gabe meiner Funktionen gewährleistet“, so Haberzettl.

Neue Tätigkeit. Mit Jahresbeginn wird Haberzettl seine neue Tätigkeit in der Geschäftsführung der Gemeinnützigen allgemeinen Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft (BWS) antreten. „Ein gereifter Funktionär sollte auch die Kraft und den Mut besitzen, loslassen zu können“, bekräftigt Haberzettl.

Dank. Der jahrelange Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner (GdE) und seit Ende 2006 stv. *vida*-Vorsitzende dankt allen Kolleginnen und Kollegen für die jahrelange gute Zusammenarbeit und Unterstützung: „Mein größter Dank gilt auch allen Mitgliedern für ihre jahrzehntelange Treue und Solidarität zur Gewerkschaftsbewegung.“

„Schnauze voll“



Rund 1.000 Beschäftigte des Flughafens Wien nahmen an einer Infoveranstaltung der Betriebsräte über die geplante Verordnung der EU-Kommission, die zur Auslagerung der Bodenabfertigung zwingen würde, teil.

Die Flughafenbeschäftigten protestieren gegen Verschlechterungen durch eine von der EU geplante Auslagerung der Bodenabfertigung.

Mitte Oktober haben rund 1.000 Beschäftigte der Flughafen Wien AG an einer Informationsveranstaltung der Flughafenbetriebsräte teilgenommen. Dabei wurde die Belegschaft über die geplante Verordnung der EU-Kommission, die die Flughafenbetreiber zur Auslagerung der Bodenabfertigung zwingen würde, informiert. Zeitgleich fanden auch am Flughafen Linz und auf 13 deutschen Flughäfen Betriebsversammlungen statt: Die Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF) führt mit ihren Mitgliedsgewerkschaften eine europaweite Kampagne durch – die Proteste werden ausgeweitet.

Für soziales Europa. „Die Beschäftigten im europäischen Verkehrsbereich haben vom ständigen Sozialabbau und Lohndumping durch die Maßnahmen der EU-Kommission die Schnauze voll“, bekräftigt Robert Hengster, Fachsekretär der *vida*-Bundesfachgruppe Luft-Wasser: „Die Beschäftigten verlangen zu Recht von den EU-Bürokraten, dass sie sich um die Bürgerinnen und Bürger kümmern und nicht jahrelang gegen diese arbeiten und mit zügellosen Liberalisierungen das soziale Gefüge in Europa zerstören.“

Lohn- und Sozialdumping. Die geplante EU-Verordnung sehe jedenfalls erhebliche Verschlechterungen für die in der Bodenabfertigung Beschäftigten vor: Weitere Nachteile bei den Arbeits- und Einkommensbedingungen sowie sozialen Standards bis hin zum Jobverlust, befürchten die beiden Betriebsratsvorsitzenden Dieter Rozboril (Arbeiter, *vida*) und Manfred Biegler (Angestellte, GPA-djp).

Arbeitgeber-Bedenken. Auch die Flughafen Wien Geschäftsführung äußerte ähnliche Bedenken wie die Belegschafts-

vertretung und bedankte sich bei allen Beschäftigten für das gezeigte Maß an Verantwortung, weil die Betriebsversammlung nur zu geringen Verzögerungen geführt habe. Auf negative Folgen für den Wiener Airport hat auch der Flughafenvorstand bereits Verkehrsministerin Doris Bures, den österreichischen EU-Kommissar Johannes Hahn sowie die zuständigen Mitglieder des EU-Parlaments hingewiesen.

Kampfmaßnahmen. Die Beschäftigten haben bei der Betriebsversammlung die vom Betriebsrat vorgeschlagenen Forderungen bis hin zur Ausschöpfung aller gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen einstimmig unterstützt. Vorerst wird auf weitere Verhandlungen, Gespräche mit EU-Abgeordneten und Protestmaßnahmen auf europäischer Ebene gesetzt. Mitte November (nach Redaktionsschluss) finden weitere Protestveranstaltungen statt. „Finden wir kein Gehör, so könnten manche Mitglieder der EU-Kommission in Zukunft etwas später als gewohnt an ihrem Ziel landen“, zeigt sich Betriebsratsvorsitzender Rozboril entschlossen.



BR-Vorsitzender
Dieter Rozboril.

hansjoerg.miethling@vida.at

INFO

Mehr zu den Forderungen der Gewerkschaften für die Bodenabfertigungsdienste im Internet:

vida: www.vida.at

Gewerkschaft ver.di: <http://bit.ly/rFavVp>

Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF):
<http://www.itfglobal.org/etf/gh-campaign.cfm>

Einheitliches Bonusmodell für 2012 gefordert

Die FluglotsInnen hielten wegen einer Ungleichbehandlung bei der Auszahlung von Erfolgsprämien Betriebsversammlungen ab.

Die FluglotsInnen der Austro Control haben Ende Oktober auf den Flughäfen Wien, Graz, Klagenfurt und Linz Betriebsversammlungen abgehalten. Anlass war die Ungleichbehandlung bei Prämienzahlungen für das laufende Jahr. Der Betriebsrat wurde bei den Versammlungen von der Belegschaft beauftragt, für 2012 ein Bonusmodell für alle österreichischen FluglotsInnen zu verhandeln, erklärte Austro Control-Betriebsratsvorsitzender Norbert Payr: „Wir und die Belegschaft fordern auch die Nachzahlung

von Prämienteilen für 2011 für alle Kolleginnen und Kollegen.“

Ungleichbehandlung. Stein des Anstoßes war eine Ungleichbehandlung bei der Auszahlung von Prämien für die Steigerung der Pünktlichkeit im Luftverkehr in den Sommermonaten, die heuer nur noch rund einem Viertel der Beschäftigten in der Flugsicherung zugebilligt wurden. „Drei Viertel der Belegschaft fühlen sich ungerecht behandelt und fragen sich, warum ihre Leistung auf einmal weniger wert sein soll“, so Payr, der auch Vorsitzender des vida-Berufsgruppenausschusses Flugsicherung ist. Denn in den Sommermonaten konnten die Verspätungen („Staffing Delays“) durch Überstunden um zumindest 70 Prozent und an einzelnen Flugsicherungsstandorten sogar um bis zu 100 Prozent reduziert werden.

Trotz Spitzenleistung. „Weniger erfreulich ist dann natür-



Eintrübung über dem Austro Control-Tower am Flughafen Wien: Nicht alle FluglotsInnen haben heuer Leistungsprämien erhalten.

lich aus Sicht der Kolleginnen und Kollegen, wenn gerade denjenigen, die eine 100-Prozent-Erfolgsquote aufweisen konnten, die Prämie gestrichen wird“, sagte Payr. Er verlangte deshalb vom Management Aufklärung, „warum diese Kollegen für ihre Spitzenleistungen bestraft werden“.

Einigung in Sicht. Bei der Belegschaft stieß auch auf Unverständnis, warum es der Austro Control-Geschäftsleitung seit letztem Juni nicht möglich gewesen sei, dazu einen Verhandlungstermin anzubieten. Die Beschäftigten haben dem Betriebsrat bei den Versammlungen auch das notwendige Vertrauen ausgesprochen, notfalls die für die Erreichung des Ziels notwendigen Maßnahmen in die Wege zu leiten. Payr erwartet sich, dass der Vorstand auf die Forderungen eingehen werde – ein Entgegenkommen sei bereits signalisiert worden.

hansjoerg.miethling@vida.at

Eisenbahnliberalisierung

EU-Attacke auf die Bahnbeschäftigten

Bei den EU-weiten Regeln für den freien Wettbewerb auf der Schiene konnten „Streikverbote“ erfolgreich abgewehrt werden.

Der EU-Kommission reichen die Liberalisierungen für den Wettbewerb auf der Schiene noch nicht weit genug. Der „Idealzustand“ für die Kommission tritt nämlich erst dann ein, wenn der gesamte europäische Eisenbahnmarkt den Kräften des freien Marktes preisgegeben wird und alles und jeder in Konkurrenz zueinander gebracht wird. Das ist sicherlich weder zum Wohle der Beschäftigten (Lohn- und Sozialdumping) und der KundInnen (Preiskämpfe, Sicherheit, weniger Angebote abseits von Hauptstrecken) noch der integrierten Bahnen. Die europäischen Schienennetze wurden zwar geöffnet, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen (technische Harmonisierung, Ausbildungsvorschriften für das gesamte sicherheitsrelevante Personal usw.) fehlen aber noch.

„Streikverbot“. Vor diesem Hintergrund ist die von der EU-Kommission angestrebte Überarbeitung des ersten Ei-

senbahnpakets zu betrachten: Nach zähen Verhandlungen über mehr als 700 Änderungsanträge hat der Verkehrsausschuss des EU-Parlaments am 11. Oktober 2011 einer Überarbeitung der EU-weiten Regeln für den Wettbewerb auf der Schiene, dem so genannten „Recast des ersten Eisenbahnpakets“, zugestimmt. Die gute Nachricht dabei: Ein ursprünglich im Regelwerk enthaltenes „Streikverbot“ (geforderte Aufrechterhaltung von Mindestdienstleistungen bei Streiks) wurde mehrheitlich abgelehnt – nur liberal-konservative Abgeordnete versuchten bis zur letzten Minute, diesen Passus erneut in den Text hineinzureklamieren.

vida-Aktion. Auch vida hat sich wegen des „Recasts“ an einer europaweiten Aktion der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) mit Erfolg beteiligt. Via E-Mail-Sendungen über die Homepages der Gewerkschaften forderten



vida kämpft mit den Partnergewerkschaften der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) gegen eine weitere Bahnliberalisierung in Europa.

im Vorfeld der Abstimmung zahlreiche KollegInnen die EU-Abgeordneten auf, nicht für im „Recast“ enthaltene Punkte zum Nachteil der Beschäftigten zu stimmen.

Privatisierung und Zerstörung. Bei der drohenden klaren Trennung von Netz und Betrieb im Schienenbereich konnte vorerst ein Zeitgewinn erreicht werden. Die EU-Abgeordneten haben dieses Thema zwar auch aus dem Gesetzesvorschlag he-

rausgenommen, aber die EU-Kommission aufgefördert, bis spätestens 2012 einen neuen Vorschlag zu erarbeiten. Bei den darin enthaltenen ersten Schritten in Richtung Privatisierung von Werkstätten, Verschiebebahnhöfen, Güterterminals, Bahnstationen usw. kann man deshalb nicht von Entwarnung sprechen, da dies ein weiterer Schritt zur Gesamtzersplitterung und Zerstörung eines einheitlichen Eisenbahnsystems wäre. Auch

die vollständige EU-weite Öffnung des Personenverkehrs wurde vorerst ausgeklammert.

Entscheidung bis Jahresende. Bis Ende des Jahres muss das EU-Parlament dem Beschluss des Verkehrsausschusses noch zustimmen – danach gilt es für die Überarbeitung des ersten Eisenbahnpakets noch eine Regelung mit den Mitgliedsstaaten zu finden.

hansjoerg.miethling@vida.at

Aktiv gegen die Überlastung

„Viele haben mitgemacht, das hat gewirkt“

Kommentar

Spirale nach unten? Nicht mit uns!



Foto: ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Europaweit spricht man über die Krise. Auch beim Kongress der Föderation der Europäischen Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes (EGÖD) war dies ein beherrschendes Thema. Durch die Milliardenpakete, die die Staaten zur „Rettung“ der Banken schnür(t)en, sind auch die öffentlichen Haushalte klamm.

Die Folgen. Was hat das mit den Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Sozialsektor zu tun? Unverantwortliche Finanzspekulationen haben in fast allen Ländern zu Einschnitten bei den Sozialleistungen und Einsparungen bei den Budgetposten für Soziales geführt. Damit einher geht die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Uneinigkeit. Eine von allen EU-Staaten getragene Lösung, um die Finanzkrise zu bewältigen, gibt es derzeit nicht. Man sieht das an der Diskussion über die Finanztransaktionssteuer, die in Europa eingeführt werden soll, von der jedoch einige Länder, allen voran Großbritannien, nichts wissen wollen.

Ausrede. Unter dem Aspekt der Krise sehen sich viele Regierungen und Arbeitgeber dazu verleitet, Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen „durchzudrücken.“ Auf EU-Ebene wird nun wieder die Änderung der Arbeitszeitrichtlinie ins Spiel gebracht. Für uns Gewerkschaften ist wichtig, dass die Bereitschaftsdienste weiterhin als Arbeitszeit anerkannt werden. Dies dürfte allerdings nicht die Intention der Arbeitgeber sein. Ihr Ziel ist es, auch durch diese Richtlinie Kosten zu sparen.

Vorbild. Dass es auch Lichtblicke gibt, haben die GewerkschafterInnen aus Belgien aufgezeigt. Um älteren ArbeitnehmerInnen in besonders belastenden Tätigkeiten das Berufsleben zu erleichtern, hat die belgische Gewerkschaft einen Vertrag mit den Arbeitgebern abgeschlossen, der eine gestaffelte Arbeitszeitverkürzung ab dem 44. Lebensjahr bis zu sechs Stunden in der Woche ermöglicht.

Aktiv werden. Wir lassen nicht zu, dass unter dem Deckmantel der Krisenbewältigung die Arbeitsbedingungen in den Gesundheits- und Sozialberufen verschlechtert werden. Die Politik und die Arbeitgeber sind gefordert, die notwendigen Finanzen zur Verfügung zu stellen. Im eigenen Land und europaweit. Über unsere Aktivitäten dazu finden Sie mehr auf Seite 9 in dieser Zeitschrift.

willibald.steinkellner@vida.at

Vorsitzender der Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe



Die BetriebsrätInnen Ingrid Neulinger, Markus Simböck, Maria Kolnhofer (v.li.n.re) im Gespräch mit den Beschäftigten.

Foto: zVg

Auf der Station ist regelmäßig zu wenig Personal im Einsatz, sodass eine ordnungsgemäße Pflege nicht möglich ist? Im Krankenhaus in Braunau zeigten die Beschäftigten Mut – und griffen die Idee des Betriebsrates, sich gemeinsam zur Wehr zu setzen, auf. Mit Erfolg.

In Wien, Niederösterreich und Burgenland hat die Gewerkschaft vida vor drei Monaten das Pilotprojekt „Vorsichtsmeldung“ gestartet. Denn in vielen Krankenanstalten gibt es einen eklatanten Personalmangel. Regelmäßig ist zu wenig Personal im Einsatz. Wenn statt zwei plötzlich nur mehr eine Person für dieselbe Anzahl an PatientInnen zuständig ist und das zum Dauerzustand wird, sollte man aktiv werden. Zum eigenen Wohl und auch, um eine gute Pflege der PatientInnen zu gewährleisten. Mit der „Vorsichtsmeldung“ an die Vorgesetzten weist man auf die drohende Gefährdung durch die Unterbesetzung hin. Zugleich erzeugt man dadurch einen Druck auf die Vorgesetzten, zu handeln.

Eigeninitiative. „Ich hab von dem Projekt in Ostösterreich gelesen und mir gedacht, das machen wir auch. Denn bei uns gibt es die gleichen Probleme“, erzählt Markus Simböck. Er ist Betriebsrat im Krankenhaus St. Josef in Braunau am Inn. Gemeinsam mit zwei BetriebsrätInnen besuchte Simböck die Beschäftigten auf den Stationen und ermunterte sie, gemeinsam aktiv zu werden. „Wir haben die Leute dazu aufgefordert, noch am selben Tag Mails an die Vorgesetzten zu schreiben und darin zu schildern, welche Gefahren durch die Unterbesetzung drohen. Viele Beschäftigte haben bei dieser Aktion mitgemacht.“

Gefahren dargestellt. Auf einer Station hat das gesamte Team ein Mail verfasst. Darin war genau festgehalten, welche Tätigkeiten aus Zeitgründen zum Teil unterbleiben und welche Gefährdungen sich daraus für die PatientInnen und die Beschäftigten ergeben.

Erste Schritte. Bereits bei der nächsten Sitzung der kollegialen Führung des Krankenhauses war die Überlastung ein Besprechungsthema. „Dabei hat auch die Pflegedienstleitung klar gemacht, dass es so nicht weitergehen kann“, erzählt der Betriebsrat. Um das Problem zu lindern, wurden zum einen kurzfristige Maßnahmen gesetzt. „Die Bettenanzahl in der Tagesklinik wurde gesenkt. In einer weiteren Station folgte eine schrittweise Absenkung der Bettenanzahl“, erzählt Simböck. Zum anderen

sollen weitere, mittelfristige Maßnahmen eine Entlastung bewirken.

Neue Jobs. „Die Diplomierten Krankenschwestern und -pfleger haben in den vergangenen Jahren laufend neue Aufgaben dazu bekommen. Durch StationssekretärInnen soll nun das Pflegepersonal bei den administrativen Tätigkeiten entlastet werden. Zusätzlich wird es neue Ausbildungsplätze für diplomiertes Personal im Bereich Psychiatrie geben. Zudem plant die kollegiale Führung, mehr PflegehelferInnen einzustellen“, berichtet Simböck.

Planbare Dienste. Weiterhin ein Problem ist die mangelnde Dienstplan-Stabilität. „Dass die Dienstpläne meist nicht halten, belastet die Beschäftigten. Denn die Leute haben auch ein Leben abseits der Arbeit. Und das kommt zu kurz, wenn man ständig umdisponieren muss“, erklärt Simböck. Um zu besprechen, wie man die Situation verbessern kann, wird es – nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe – ein Gespräch zwischen Betriebsrat und kollegialer Führung unter Einbindung der Beschäftigten geben.

martina.fassler@vida.at

KV-BAROMETER



-  **KV für die Beschäftigten beim Österreichischen Roten Kreuz.** Die erste Verhandlungsrunde für den KV 2012 fand am 14. November statt.
-  **BAGS-Kollektivvertrag.** Die Verhandlungen für die Lohn- und Gehaltserhöhung 2012 starten Ende November mit der Übergabe der Forderungen.
-  **Caritas-KV und KV der Diakonie.** Auch für die Beschäftigten bei Caritas und Diakonie starten Ende November die Kollektivvertragsverhandlungen.
-  **Mindestlohn tarif für Au-pairs und für KindergartenhelferInnen/-assistentInnen.** vida hat beim Bundeseinigungsamt die Mindestlohntarife eingereicht, der Beschluss der Tarife durch das Bundeseinigungsamt ist noch ausständig.

INFO



vida-Projekt „Vorsicht, es droht Gefahr“!

Auskunft zum Pilotprojekt „Vorsichtsmeldung“ in den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie Unterstützung dabei bietet die vida-Bundesfachgruppe Gesundheits-, Heil- und Pflegeberufe. Das Projekt richtet sich an BetriebsrätInnen und Beschäftigte aus dem Bereich Krankenanstalten.

Kontakt:

Bundesfachgruppensekretär Rudolf Wagner
rudolf.wagner@vida.at

Tel: 01/53 444-79-620

Nähere Infos auch unter <http://soziales-gesundheit.vida.at>

Wie wollen Sie einmal gepflegt werden?

vida-AktivistInnen fragten in Wien PassantInnen, wie sie sich das Pflegesystem der Zukunft vorstellen.

Rund um den 15. Oktober gingen weltweit hunderttausende Menschen auf die Straße, um für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu demonstrieren. Auch vida war österreichweit in mehreren Städten mit dabei.

Oft verdrängt. Haben Sie schon

überlegt, wer Sie bei Pflegebedürftigkeit versorgen wird? Diese Fragen stellte eine Gruppe von vida-AktivistInnen den Passantinnen und Passanten beim Millenniumstower im 20. Wiener Gemeindebezirk. Viele Menschen, selbst Ältere, setzten auf Verdrängung, zeigte die Aktion. „Meine Kinder werden’s nicht machen, ich hoff, dass ich nicht pflegebedürftig werde“, sagte eine 82-Jährige.

Für Sozialstaat. Bei der Frage, ob die Kosten der einzelne Pflegebedürftige übernehmen soll oder die gesamte Gesellschaft, sprach sich die überragende Mehrheit für eine solidarische



Alt und Jung machte mit bei der vida-Umfrage zum Pflegesystem.

Finanzierung der Pflege aus. Ein überraschendes Ergebnis brachte die Frage, wie man bei Pflegebedürftigkeit bzw. im

Alter untergebracht und versorgt werden möchte. Hier lag die Antwort „stationäre Einrichtung, zum Beispiel Wohn-

gemeinschaft“ an erster Stelle, gefolgt vom Wunsch zuhause von Familienangehörigen betreut zu werden. An dritter Stelle wurde die Betreuung zuhause durch mobile Dienste genannt.

martina.fassler@vida.at

WEBTIPP

Unterstützen auch Sie die vida-Forderung nach Einführung einer Vermögenssteuer, um die Pflege zu finanzieren. Mehr dazu unter www.vida.at

Echt krass

Steuerprivilegien aufgedeckt

Ganz Österreich liest „Echt krass“, die Zeitung, in der vida über die Steuerprivilegien der Reichen berichtet und eine Vermögenssteuer einfordert.

Wir müssen sparen und die Reichen werden reicher. Auch das von Finanzministerin Maria Fekter präsentierte Budget 2012 verschont die Reichen“, sagt Walter Androschin, Vorsitzender der vida-Landesorganisation Salzburg. vida plädiert als Teil des zivilgesellschaftlichen Bündnisses „Wege aus der Krise“ dafür, einen neuen Weg einzuschlagen. „Große Vermögen und Finanztransaktionen müssen besteuert werden, Privatisierungen sind zu stoppen, dafür muss mehr Geld für Bildung, Gesundheit und Pflege aufgewendet werden“, verlangt Androschin.

Auf den Punkt gebracht. Ein Redaktionsteam rund um die GewerkschafterInnen der vida-

Salzburg hat die gegenwärtigen Ungerechtigkeiten in der ersten Ausgabe der Zeitung „Echt krass“ aufgelistet. Man erfährt in der Zeitung über die rasante Vermehrung des Vermögens der Superreichen, kann nachlesen, wer sich zu den Reichsten in unserem Land zählen darf – und findet viele Informationen zu den Steuerprivilegien der Superreichen. Natürlich fehlt auch die Forderung unserer Gewerkschaft nach einer ordentlichen Besteuerung der großen Vermögen nicht.

Reißender Absatz. An den Mann und die Frau gebracht wurde die Zeitung bei verschiedenen Aktionen in ganz Österreich. Auch Wirtschaftsminister Reinhold Mitterleh-

ner erwischte ein Exemplar. Und hielt es bei der ORF-Diskussionssendung „Im Zentrum“ in die Kamera. Wir danken Minister Mitterlehner dafür, dass er auf diese Weise mithilft, unsere Positionen zu verbreiten.

martina.fassler@vida.at



Minister Mitterlehner in der ORF-Sendung „Im Zentrum“ mit der ersten Ausgabe von „Echt krass“.

WEBTIPP

Holen Sie sich Ihr Exemplar der „Echt krass“ aus dem Internet unter www.vida.at

Unterstützen Sie die Forderungen nach einem Budget, das in die Zukunft unserer Gesellschaft investiert, unter www.wege-aus-der-krise.at

vida-Tirol

Freiwilligenarbeit stützt unsere Gesellschaft

Landesgeschäftsführer Gerhard Mimm zur Wichtigkeit der Freiwilligenarbeit im Land Tirol.

Tirol ist stark geprägt von „Ehrenämtern und Funktionären“, die ehrenamtlich in verschiedensten Organisationen tätig sind. Schützenvereine, Sängervereine, Sport- und Freizeitvereine gibt es jede Menge. Jugendliche finden in diesen Vereinen die Möglichkeit der Freizeitgestaltung. Naturgemäß sind diese Vereine überwiegend im ländlichen Bereich zu finden.

Vielfach unentbehrlich. In diesen Vereinen ehrenamtlich tätig zu sein, ist für viele eine besondere Aufgabe und gesellschaftspolitisch von großem Nutzen. Besonders die Tätigkeit in sozial ausgerichteten Organisationen hat für die Gesellschaft großen Wert. Sei es bei der Freiwilligen Feuerwehr in den Gemeinden oder bei den Rettungsdiensten, aber auch bei der Haushaltshilfe oder im Sozialsprengel ist der Einsatz von Freiwilligen für die Bevölkerung von unschätzbarem Wert.

Starke Leistung. Die Ausschreibung des Rettungsdienstes in Tirol hat deutlich gezeigt, dass die ehrenamtlich geleisteten Stun-



Gerhard Mimm (re) wurde kürzlich mit dem Verdienstkreuz des Landes Tirol geehrt. Gratulation!

den nicht bezahlbar wären. Der Rettungsdienst würde für die Bevölkerung wesentlich teurer, ohne Freiwillige. In Tirol gibt es

neben den ca. 500 hauptamtlich Beschäftigten an die 4.500 Freiwillige beim Roten Kreuz. Sie stehen jährlich 900.000 Stunden unentgeltlich im Einsatz. Mehr als 4.000 Freiwillige gibt es bei der Bergrettung.

Angehörigenhilfe. Auch nicht zu vergessen sind die vielen Pflegebedürftigen, die zu Hause von den Familienangehörigen gepflegt und versorgt werden. Ihre Arbeit zählt zwar streng genommen nicht zur „Freiwilligenarbeit“, weil der Begriff nur Leistungen, die nicht im eigenen Haushalt erbracht werden, umfasst. Trotzdem möchte ich auch die pflegenden Angehörigen hier erwähnen.

Wertvolle Arbeit. Viele dieser Aufgaben müßten ohne Ehrenamtliche und Freiwillige die Kommunen übernehmen. Eine gewaltige finanzielle Belastung würde auf die SteuerzahlerInnen zukommen. Es ist also an der Zeit, den ehrenamtlich Tätigen zu danken.

Was zu sagen bleibt. Für die ArbeitnehmerInnen wichtig ist, dass Freiwilligenarbeit nicht zu Lohndumping in den betroffenen Branchen führen darf. Im Gegenteil: Gute Arbeitsbedingungen und faire Einkommen sind eine Voraussetzung dafür, dass ehrenamtliche Arbeit nebenbei geleistet werden kann.

gerhard.mimm@vida.at

Baustellen-Alarm im Hotel- und Gastgewerbe

Kommentar

Starkes Signal mit Vorbildwirkung



Foto: ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Mit großer Geschlossenheit haben sich die MetallerInnen eine kräftige Lohnerhöhung erkämpft. Die Löhne steigen durchschnittlich um 4 bis 4,4 Prozent. In den niedrigsten Einkommensgruppen gelang eine Erhöhung um bis zu 5,3 Prozent.

Babypause. Damit sich das Kinder-Kriegen nicht zum „lebenslangen“ Einkommensnachteil auswächst, gibt es im Metaller-Kollektivvertrag ab November eine bessere Anrechnung der Karenzzeiten: Künftig werden bei der Lohnvorrückung bis zu 16 Monate Karenzzeit pro Kind angerechnet. Auch die Gewerkschaft vida hat den wichtigen Punkt Karenzanrechnung in einigen Bereichen bereits erfolgreich umgesetzt.

Motivationschub. Jede Lohnrunde hat ihre branchenspezifischen Eigenheiten. Dennoch ist der Metaller-Abschluss eine Richtschnur für die anderen Branchen. Der gute Abschluss ist eine starke Vorgabe und zugleich ein Motivationschub.

Argumente. Gründe für eine kräftige Einkommenserhöhung gibt es in allen Branchen mehr als genug. Der Anteil der Lohneinkommen hinkt seit Jahren dem Zuwachs bei Gewinnen und Vermögen hinterher. Ordentliche Lohnerhöhungen wirken zudem wie eine Lokomotive. Sie verleihen der schleppenden Wirtschaftsentwicklung Geschwindigkeit, weil die Beschäftigten mit ihren höheren Löhnen den Konsum ankurbeln.

Mindestlohn. In vielen Branchen des Dienstleistungssektors starten die Kollektivvertragsverhandlungen für 2012 in Kürze. Wir kämpfen für alle Beschäftigten um faire Lohnzuwächse. Ganz besonders aber wollen wir die flächendeckende Umsetzung von 1.300 Euro Mindestlohn erreichen. Tragen auch Sie Ihren Anteil dazu bei. Überzeugen Sie KollegInnen, die noch nicht bei vida sind, von der Gewerkschaft. Denn je mehr wir sind, desto stärker sind wir bei den kommenden KV-Verhandlungen.

renate.lehner@vida.at
Bundessektionssekretärin
der Sektion Private Dienstleistungen



Foto: Fotolia/Yantra

Wenig Geld im Börsel. Die Tourismusbranche zahlt zu wenig, durch eine geplante EU-Richtlinie droht zusätzliches Lohndumping.

Kaum bewegt hat sich die Tourismusbranche, was bessere Arbeitsbedingungen betrifft. Zusätzlich droht die Gefahr des Lohndumpings durch eine geplante Richtlinie der EU, warnen vida und die AK.

Die MitarbeiterInnen im Hotel- und Gastgewerbe waren im Jahr 2010 gerade um einen Tag länger beschäftigt als 2009. Das ergeben die Zahlen des Hauptverbandes

der Sozialversicherungsträger. „Die Beschäftigungsdauer liegt weiterhin bei nur sieben Monaten im Jahr“, sagt vida-Vorsitzender Rudolf Kaska. Inklusive Sonderzahlungen betrug der Durchschnittslohn 2010 bescheidene 1.565 Euro brutto, das Durchschnittsalter lag bei 34,3 Jahren. „Aus Beschäftigtensicht bleibt der Tourismus eine Großbaustelle – die Arbeitgeber müssen mehr Eifer beim Verbessern der Arbeitsbedingungen zeigen“, fordert der Gewerkschafter.

Nachzügler. vida verlangt, dass im Kollektivvertrag des Hotel- und Gastgewerbes ein Mindestlohn von 1.300 Euro brutto verankert wird. vida-Bundessektionssekretärin Renate Lehner dazu: „Im Reinigungsgewerbe gilt seit Anfang 2011 ein Mindestlohn von 1.300 Euro für Vollzeit. Das muss auch in der Tourismusbranche machbar sein.“

EU-Pläne. Anlass zu Sorge gibt auch ein Gesetzes-Entwurf der Europäischen Kommission. Mit der Richtlinie soll die Beschäftigung von Saisoniers von Nicht-EU-Ländern europaweit geregelt werden. „Uns geht es um menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Der EU-Kommission geht es offenbar eher darum, dass es immer neue Beschäftigte gibt, die den Unternehmen möglichst billig kommen“, kritisiert vida-Vorsitzender Kaska.

Kritikpunkte. Im Entwurf der Richtlinie ist zwar von „Saisoniers“ die Rede, es gibt im Text aber keine Beschränkung auf bestimmte Branchen. Zudem

kann die Erlaubnis für bis zu drei aufeinander folgende Saisonen ausgestellt werden. „Das widerspricht der ‚Bedarfsprüfung‘ in den einzelnen Mitgliedsstaaten, die laut Entwurf weiter möglich sein soll“, so Kaska.

Gemeinsam aktiv. Auch die Arbeiterkammer hegt Bedenken gegen die geplante Richtlinie. „Die Richtlinie fußt auf dem Gedanken, dass MigrantInnen für eine Zeit in der EU arbeiten und danach wieder zurückkehren. Dieses ‚Gastarbeiterkonzept‘ ist schon in den 1970er Jahren gescheitert“, sagt AK-Migrationsexperte Johannes Peyrl. Beide – AK und Gewerkschaft vida – warnen, dass durch die Richtlinie, sollte sie in dieser Form verwirklicht werden, die Gefahr des Lohndumpings drohe.

Ausgang offen. Aktuell wird der Richtlinien-Entwurf in den zuständigen Ausschüssen des EU-Parlaments diskutiert. „Wir jammern nicht hinter vorgehaltener Hand, sondern versuchen, die Entscheidungsträger mit unseren Argumenten zu überzeugen“, sagt Kaska. Gemeinsam mit Johannes Peyrl von der AK hat Kaska seine Kritikpunkte vor EU-Parlamentariern in Brüssel vorgebracht und im Rahmen einer Pressekonferenz auch in Wien verdeutlicht. Ob und in welcher Form die Richtlinie beschlossen wird, ist noch offen. Das EU-Parlament und der EU-Rat, in dem für Österreich Innenministerin Johanna Mikl-Leitner bei der Richtlinie mitentscheidet, sind jetzt am Zug.

martina.fassler@vida.at

KV-BAROMETER

✓ **ArbeiterInnen in Versicherungen.** Der KV-Mindestlohn für bestehende MitarbeiterInnen erhöht sich um 40 Euro auf 1.230 Euro exklusive Dienstalterzulagen. Das entspricht einer Erhöhung von 3,4 Prozent. Bestehende Überzahlungen bleiben in euromäßiger Höhe erhalten. Parallel dazu wurde für Neueintritte ab 1.1.2012 eine Systemumstellung ohne Dienstalterzulagen vereinbart. Der KV-Lohn für diese Beschäftigte beträgt 1.245 Euro. Erstmals wurden Sonderfreizeiten im KV definiert, wie etwa zwei Tage bezahlte Freizeit im Falle der eigenen Eheschließung. Der Kollektivvertrag tritt rückwirkend mit 1. Oktober 2011 in Kraft und gilt für 12 Monate.

✓ **ArbeiterInnen in Garagen, Tankstellen und Servicestationsunternehmungen.** Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne steigen um 4,54 Prozent, das entspricht einer Erhöhung von 52 bis 57 Euro - abhängig von der Lohngruppe. Zusätzlich bekommen alle ArbeitnehmerInnen, die vor Inkrafttreten des Kollektivvertrags eine Überzahlung hatten, eine Einmalzahlung in der Höhe von 60 Euro. Zur Erreichung von 1.300 Euro Mindestlohn, auch in der niedrigsten Lohngruppe, wurde ein fixer Zeitplan für die kommenden 3 Jahre abgeschlossen. Die Lohnerhöhung in den kommenden Jahren wird sich in etwa im gleichen Rahmen bewegen wie die heurige mit 4,54 Prozent. Die vida-Forderung der Karenzanrechnung nach dem Mutterschutz- bzw. Väterkarenzgesetz wurde ebenfalls umgesetzt und gilt ab 1. Jänner 2012 für maximal 24 Monate auf alle von der Dauer der Dienstzeit abhängenden Bestimmungen wie Altabfertigung, Entgeltfortzahlung, Lohn Tabellen, Jubiläumsgeld oder Urlaubsanspruch. Der KV-Abschluss gilt ab 1. Jänner 2012 und wurde für 36 Monate abgeschlossen.

HausbesorgerInnen

Wenig innovativ, aber einfacheres Procedere

Ab 2012 wird es keine Entgeltverordnungen für HausbesorgerInnen mehr geben, diese Positionen werden dann im Mindestlohntarif verhandelt.

Im Rahmen des jüngsten Budgetbegleitgesetzes wurde mit Wirksamkeit 1. Jänner 2012 in das abgeschaffte Hausbesorgergesetz eingegriffen. Künftig werden die Entgeltverordnungen (EVO) für HausbesorgerInnen und AnlagenbetreuerInnen von der Gewerkschaft vida nicht mehr jeweils mit den Landeshauptleuten verhandelt, sondern gemeinsam mit dem Mindestlohntarif mit den zuständigen VertreterInnen des Sozialministeriums.

Neue Überschrift. Ein erstes Gespräch im Zuge dieser neuen Verhandlungen hat bereits stattgefunden: „Die neue Konstellation hat bis dato leider wenig Innovation gebracht“, resümiert Ursula Woditschka, vida-Bundesfachgruppensekretärin für



Nach wie vor gibt es für jedes Bundesland einen Mindestlohntarif, verhandelt wird aber nun mit einer Stelle.

den Bereich Reinigung und Wartung. Der Text der Entgeltverordnung werde nun einfach unter der Überschrift Mindestlohntarif zusammengefasst.

Verhandlungspartner. Der Vorteil der Gesetzesänderung liege natürlich darin, dass sich das Procedere vereinfacht habe: „Nun haben wir nur mehr die Verhandlungen in den jeweiligen Ländersenenaten“, so Woditschka. Dies sei aber leider die einzige Vereinfachung, bedauert die Gewerkschafterin.

Neun plus neun. Von vida gab es den Vorstoß, auch textliche Anpassungen der verschiedenen EVOs zu machen, dies hätte die Arbeitgeberseite jedoch abgelehnt. Nach wie vor gebe es also neun verschiedene Mindestlohntarife für HausbesorgerInnen – für jedes Bundesland einen, insgesamt sogar 18, wenn die AnlagenbetreuerInnen dazugezählt werden.

ines.schmied-binderlehner@vida.at

Kurz notiert



Foto: Fotolia/fotoexodo

Auf der Suche nach den „Indianern“

Bei einer Pressekonferenz klagte die Österreichische Hoteliervereinigung (ÖHV) kürzlich über die veraltete Ausbildung im Tourismus und darüber, dass die Hoteliers kaum Personal fänden. „Wir brauchen mehr ‚Indianer‘“, hieß die Botschaft, gemeint sind Fachkräfte.

Attacken. Unter dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ führen die obersten Vertreter der Hoteliers, Peter Peer und Sepp Schellhorn, schwere Geschütze gegen vida auf. Die Gewerkschaft blockiere die Weiterentwicklung von Berufsbildern und verhindere damit die Schaffung von Arbeitsplätzen, verlautbarten die zwei ÖHV-Präsidenten. Stimmt das?

Schmalspurlehre. „Wir fordern seit Jahren eine Modernisierung der Ausbildung. Wir wollen, dass die Lehrlinge mehr Fremdsprachen lernen und besser in Kommunikation und Verkaufstechniken geschult werden“, sagt der Vorsitzende der vida-Bundesfachgruppe Tourismus, Rudolf Komaromy.

Schlechte Idee. Die von der ÖHV gewünschte „Reform“ sieht die Verlängerung der Lehrzeit auf dreieinhalb Jahre und die Verengung des Berufsbildes vor. vida sagt Nein zur ‚Schmalspurausbildung‘ wie Rezeptionist oder Etagenfachkraft, denn das würde die Jobchancen nach der Lehre schmälern. „Diese Berufsbilder sind sowieso ein Teil des breiter aufgestellten Berufes Hotel- und GastgewerbeassistentIn und das ist gut so“, ist Komaromy überzeugt.

Was tun? Die meisten Branchen zahlen bereits 1.300 Euro Mindestlohn für Vollzeit, der Tourismus hinkt vielen anderen Berufen bei der Entlohnung hinterher. Für die Arbeitgeber hat Komaromy folgenden Tipp parat: „Mehr zahlen, dann finden sich auch für diese Branche genug ‚Indianer‘.“

Uni Europa

Wertschätzung für ReinigerInnen ist international noch ein Manko

Was ArbeitnehmerInnen in der Reinigungsbranche stört, sind zum einen die niedrige Entlohnung, aber auch der fehlende Respekt für die geleistete Arbeit.

Das die Gewerkschaften Europas auch im Dienstleistungsbereich gut aufgestellt sind, zeigte sich beim Vernetzungstreffen der Uni Europa, bei dem GewerkschaftssekretärInnen und BetriebsrätInnen des ISS-Konzerns aus nahezu allen europäischen Ländern im Oktober in Brüssel zusammenkamen.

Marktführer. ISS ist im Großteil Europas Marktführer oder zumindest die Nummer 2 am Reinigungsmarkt. Außer in den Ländern Osteuropas ist ISS durchaus bereit, mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. In England, einem Land ohne Zusammenarbeit der SozialpartnerInnen, verlaufen die Konfrontationen durchaus härter, die Attacken kommen aber von beiden Seiten: Besetzungen einerseits, aber auch Aussperrungen und

der Ruf nach der Staatsgewalt durch die Firma fanden wiederholt statt.

Respekt. Was in allen Ländern ein großes Anliegen darstellt, ist die Feststellung, dass die Beschäftigten in der Reinigungsbranche wichtige Arbeit leisten. Neben dem Hauptproblem der niedrigen Entlohnung wird vor allem der notwendige Respekt gegenüber der erbrachten Leistung vermisst. Sowohl firmenintern bei ISS als auch gesamtgesellschaftliche Mängel wurden diesbezüglich aufgezeigt. Die Wertschätzung von Seiten der Firmen, aber auch der Öffentlichkeit wird von den Gewerkschaften daher weiter thematisiert werden.

Aktuell. Auch der erst nach dem Treffen bekannt gewordene Kauf der ISS durch die



Foto: Fotolia/AKS

In Brüssel vernetzten sich GewerkschaftsvertreterInnen und BetriebsrätInnen aus dem ISS-Konzern.

G4Security und damit die Schaffung des mit Abstand größten Dienstleistungskonzerns weltweit mit 1,2 Millionen ArbeiterInnen, in Österreich sind es über 10.000 ArbeiterInnen, ändern an den

Erkenntnissen aus dem Vernetzungstreffen nichts. Das Gold der G4S - wie auch der ISS - ist und bleibt die Arbeit ihrer MitarbeiterInnen!

michael.haim@vida.at

**Menschen
bei vida**

Claudia Kubitschek ist für Notfälle gewappnet

Seit März 2009 ist Claudia Kubitschek Assistentin in der Bundesfachgruppe „Reinigung, Wartung“.

Der Weg zu vida. Claudia absolvierte die Lehre zur Bürokauffrau bei der Gemeinde Wien. Danach war sie in der Telekombranche im Bereich Mahnwesen für die Kreditlimitüberwachung zuständig. Seit über zweieinhalb Jahren ist Claudia in der vida-Bundesfachgruppe „Reinigung, Wartung“.

Der berufliche Alltag. „Ich bin die erste Ansprechperson innerhalb der Organisation. Auch für die Mitglieder, die sich telefonisch melden“, erklärt die

32-Jährige und ergänzt: „Da ist ein breites Wissensspektrum sehr wichtig. Mittlerweile kenne ich mich in den Berufsgruppen, die wir als Bundesfachgruppe vertreten, sehr gut aus.“

Was mir wichtig ist, zu sagen.

„Im Notfall kann jeder helfen und wenn es nur der Notruf ist“, erklärt die gebürtige Wienerin. „Diesen Vorsatz habe ich aus meiner ehrenamtlichen Tätigkeit beim Roten Kreuz Niederösterreich in meinen Job bei vida mitgenommen. Die Mitglieder

sollen am Telefon einfach das Gefühl haben, dass wir ihre Anliegen ernst nehmen“, so die engagierte Helferin. Claudia ist in der Bezirksstelle „Purkersdorf-Gablitz“ als Notfallsanitäterin und Einsatzfahrerin tätig.

Wie ich entspanne. Den Ausgleich zur Arbeit und zu ihrer Tätigkeit beim Roten Kreuz findet sie im Fitness Center oder einfach im Gespräch mit ihren Freunden.

claudia.kubitschek@vida.at

Hundertwassers **Hügelwiesenland**



Im Einklang mit der Natur – ganz im Sinne des Architekten Friedensreich Hundertwasser.

Gewinnen Sie ein VIP-Thermenpackage für Zwei im Rogner Bad Blumau.

Wenn Umrisse goldener Kuppeln, bunter Säulen und Fassaden aus dem Dampf der heißen Quellen auftauchen, und der Alltag so herrlich leicht von den Schultern fließt, ist man angekommen in einer märchenhaften Welt voll Wasser und Wärme – im Rogner Bad Blumau inmitten des oststeirischen Thermenlandes.

Unzählige Refugien am und im Wasser laden hier zum Träumen und Kuschneln ein, allein oder zu zweit, auf Galerien, unter Baldachinen, am begrünten Dach oder im Raum der Stille.

Wohltuende Massagen mit duftenden Blütenessenzen und selbst angesetzten biologischen Vollsonnenölauszügen verwöh-

nen und berühren. Für das leibliche Wohl sorgen vorwiegend biologische Lebensmittel aus der Region. Natürliche, heimische Küche frisch auf den Tisch.

Für vida Mitglieder. Gegen Vorlage Ihrer vida-card können Sie am Abreisetag die Thermen noch bis 23 Uhr nützen. Bitte weisen Sie bereits bei Ihrer Reservierung auf Ihre vida-card hin. Der Bonus ist im Rogner

Bad Blumau bis 30. April 2012 einlösbar.

INFO

Rogner Bad Blumau
8283 Bad Blumau 100
+43 (0) 3383/5100-0
www.blumau.com
www.facebook.com/rogner-badblumau

ROGNER BAD BLUMAU ZUM KENNENLERNEN

2 volle Tage & 1 Nacht im Doppelzimmer „Friedensreich“

Inklusive:

2x Frühstück bis 12 Uhr, 1x Abendbuffet, Eintritt in die Bade-, Thermal- und Saunalandschaft mit Vulkania Heilsee, Rituale und betreute Spezialaufgüsse, Wohlfühl- und Entspannungsareal, Sport- und Freizeitprogramm, Thermenbenützung an 2 Tagen von 7 bis 23 Uhr, Zimmer ab 14 Uhr am Anreisetag und bis 14 Uhr am Abreisetag, Tasche mit Badetüchern und Bademantel, Garagenplatz.

Gültig bis 23.12.2011 zwischen Sonntag und Donnerstag
Preis: ab € 146,00 pro Person im DZ

Information & Reservierung:

Tel: +43(0)3383/5100-9449, E-Mail: reservierung@blumau.com

Impressum

Herausgeber: ÖGB, Gewerkschaft vida, Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96 - 39744, Fax 01/662 32 96 - 39793

Hersteller: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21

Herstellungsort: Neudörfel, Verlagsort Wien.

Redaktionsteam dieser Ausgabe: Walter Darmstädter, Martina Fassler (Chefredaktion, mf), Hansjörg Miethling, Gerhard Mimm, Patrick Nikitser, Maria Ostermann, Ines Schmied-Binderlehner, Matthias Schachner, Rudolf Srba, Marion Tobola, Alice Wittig.

Grafik: Peter-Paul Waltenberger (AD), Reinhard Schön (ÖGB-Verlag).

Fotos Titelseite: vida, Fotolia/electriceye, Esther Hildebrandt, Fotodesignjegg.de

vida-Fotos auf der Titelseite der Solidarität: ÖGB-Verlag; N-media/Fotolia

Redaktionsadresse: Gewerkschaft vida, Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien,

zeitschrift@vida.at, Tel: 01/53444 79 265.

DVR-Nr.: 0046655. **ZVR:** 576 439 352

GEWINNSPIEL

Mit etwas Glück können Sie ein **VIP-Thermenpackage** (Tageskarte für zwei Personen) im Rogner Bad Blumau gewinnen. Es erwartet Sie eine reservierte Kuschelliege für zwei inklusive prickelndem Sekt und Zotter Schokoladenfondue direkt an Ihre Liege serviert.

Beantworten Sie folgende Gewinnfrage:

Welcher österreichische Künstler entwarf das Rogner Bad Blumau?

Die richtige Antwort an: vida/Pressereferat
Kennwort: „Blumau“, Johann-Böhm-Platz 1,
A-1020 Wien oder per E-Mail: zeitschrift@vida.at
Einsendeschluss: 16. Dezember 2011

...einfach menschlich



NULL
Gebühren für Ihr
KONTO

www.sparda.at

SPARDAfon 0810/00 12 13

SPARDAbank
freundlich & fair



zeitschrift@vida.at

Schreiben Sie uns, wie Ihnen die vida-Zeitschrift gefällt. Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung.

Mail an:
zeitschrift@vida.at

Oder per Post an die:
Gewerkschaft vida
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien